

Was sich gegen fallende Löhne tun lässt

Die Schweiz muss vermehrt in die Bildung investieren und sich so von ihren Nachbarstaaten abheben



Bruno S. Frey

Leute entlassen und gleichzeitig die Gewinne erhöht? Diese Nachricht finden wir immer häufiger in den Medien. Der darauf folgende Aufschrei der Entrüstung ist verständlich. Hinter solchen Nachrichten verbirgt sich eine dramatische Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber früher stark erhöht, viele Löhne beginnen zu sinken. Betroffen sind wenig qualifizierte Arbeitnehmer, insbesondere in unseren Nachbarländern Frankreich und Deutschland. Eine ähnliche Entwicklung deutet sich auch für die Schweiz an.

Die Schuld bei den Managern und Firmen zu suchen, ist jedoch verfehlt. Die Ursache für diesen bedenklichen Trend liegt im rasanten Fortschritt in der Kommunikation im weitesten Sinne, was eine Öffnung der Wirtschaften erzwingt. Die Produkte werden dort hergestellt, wo sie am wenigsten Ressourcen beanspruchen. Diese Verlagerungen ermöglichen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln mehr Güter und Dienstleistungen herzustellen. Die von den Firmen in den reichen Ländern aufgehobenen Arbeitsplätze werden in Länder mit tieferen Löhnen verlagert. Gleichzeitig können weniger qualifizierte und tiefer entlohnte Personen aus ärmeren Ländern bei uns Arbeit finden.

Von dieser Internationalisierung profitieren in besonderem Masse bisher wirtschaftlich wenig entwickelte

Länder. Irland ist in kurzer Zeit von einem armseligen Auswandererland zu einem dynamischen und reichen «Wirtschaftswunderland» geworden. Ähnliches vollzieht sich in einigen früher kommunistischen Planwirtschaften wie etwa der Slowakei. Diese Entwicklung wird aber weit über die jetzige EU hinausgehen und Länder westlich des Urals und Nordafrikas einbeziehen.

Die Löhne in den bisher reichen und armen Ländern werden sich unterschiedlich verändern. Sie werden bei uns weiter fallen und in den armen Ländern steigen. Der Niedriglohnkonkurrenz kann sich auch die Schweiz nicht entziehen. Wenig qualifizierte Arbeit wird im Vergleich zum Kapital reichlicher angeboten, und entsprechend sinken die Reallöhne, steigen die Gewinne. Gleichzeitig eröffnen sich neue Chancen, indem nun Firmen in Ländern mit tiefen Löhnen investieren und dadurch ihre Gewinnein-kommen erhöhen können.

Das Problem der bei uns fallenden Löhne für wenig qualifizierte Arbeit bleibt jedoch. Was lässt sich tun, um die Wohlfahrt der Arbeitnehmer angesichts dieser Entwicklung zu bewahren? Es sollten zwei – sich nicht ausschliessende – Strategien verfolgt werden. Erstens sollten die Arbeitnehmer Ansprüche an das Realkapital aufbauen und sich so an den Gewinneinkommen beteiligen. Sie können Aktien oder verzinsliche Forderungstitel erwerben. Die Arbeitnehmer haben damit Einkommen aus zwei Quellen: dem (eher sinkenden) Lohn und dem (wachsenden) Gewinnanteil. Der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt kann dadurch trotz der Niedriglohnkonkurrenz gleich bleiben oder sogar steigen. Die Firmen erhalten wegen der tieferen Löhne einen Anreiz, Arbeitsplätze bei uns zu erhalten. Diese Strategie ist nicht einfach zu verfolgen. Die Arbeitnehmer können



ILLUSTRATION: GABI KOPP

ihren Kapitalstock nur aufbauen, wenn sie auf Konsum verzichten. Im Vergleich zu andern Ländern hat die Schweiz den grossen Vorteil, dass diese Strategie in einem wichtigen Bereich bereits verfolgt wird. Mit dem

Die Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber früher stark erhöht, viele Löhne beginnen zu sinken. Auch in der Schweiz.

auf dem Kapitalprinzip aufbauenden Teil der Altersvorsorge sind in der Schweiz die Arbeitnehmer bereits massgeblich am Aktienkapital der Firmen beteiligt. Schon heute besitzen sie über ihre Altersversicherung einen erheblichen Teil des Produktivkapitals. Die Gewerkschaften müssen ihre über Jahrhunderte gepflegte Aversion gegen «das Kapital» überwinden und im Austausch gegen Lohnzurückhaltung den Arbeitnehmern einen Anteil am gewinnträchtigen Kapital sichern. Auf diese Weise lässt sich die unabwendbare Konkurrenz durch Niedriglöhne in einen Vorteil für alle gestal-

ten. Als zweite Strategie muss der Ausbildungsstand der Schweizer Bevölkerung drastisch gesteigert werden. Damit wird ihre Arbeitsproduktivität so hoch, dass auch in der Zukunft gute Löhne bezahlt werden können. Diese Strategie kann massgeblich durch den Staat gefördert werden. Die öffentlichen Bildungsinvestitionen müssen wesentlich erhöht und private Weiterbildungsanstrengungen gefördert werden. Als Reaktion auf das Grounding der Swissair wäre es sicher klüger gewesen, die Milliarden in den Bildungsbereich zu investieren, als sie auf die gehabte Weise fast wirkungslos versickern zu lassen. Die Ökonomenzunft hat damals entschieden dagegen Stellung genommen, die Swiss mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen; dem Rat wurde aber wegen des Überschlags nationaler Gefühle nicht gefolgt. Mit einer für die zukünftigen Generationen entscheidenden Bildungsinitiative sollte die Schweiz ein attraktives, sich von anderen Ländern abhebendes Angebot verwirklichen. Mit einem solchen Kontrastprogramm kann sich die schweizerische Bildung auch gegenüber internationaler Konkurrenz profilieren. So schauen beispielsweise Wissenschaftler in Amerika oder China viel eher, was in der Schweiz Ausserordentliches geforscht wird, als wie schnell sich die schweizerische Bildungslandschaft an den europäischen Durchschnitt (zum Beispiel im Rahmen der Bologna-Vereinbarung) anpasst.

Völlig falsch wäre es hingegen, eine Politik der Abschottung auch nur zu versuchen. Sie ist unmöglich. Vor allem würde damit ein Entscheid gefällt, der die Schweiz innerhalb kurzer Zeit in die Armut triebe. Wer möchte das schon?

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaft am Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.